Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 80 (2002)
Heft: 1

Artikel: Die Auswirkungen ultraliberaler Wirtschaftspolitik
Autor: Gaillard, Serge
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341665

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Auswirkungen ultraliberaler Wirtschaftspolitik

Nachdem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Umwelt- und Verkehrsfragen die Wirtschaftspolitik beschäftigten, mussten SP und Gewerkschaften in den neunziger Jahren in erster Linie gegen die Krise und Arbeitslosigkeit ankämpfen, sich für gerechte Löhne und Steuern einsetzen

Serge Gaillard

und Abbauvorlagen im Bereich der Sozialversicherungen bekämpfen. Die «alten» sozialpolitischen Themen standen wieder im Vordergrund.

Erstens die Massenarbeitslosigkeit: Im Durchschnitt der Jahre 1993 bis 1997 wurden in der Schweiz 170 000 registrierte Erwerbslose gezählt. Hunderttausende von Personen wurden in der Schweiz zeitweise in die Arbeitslosigkeit gedrängt, Zehntausende wurden früh pensioniert, ebenso viele Personen über 55 fanden keinen anderen Ausweg als die Auswanderung oder Invalidenversicherung.

Zweitens die Lohnpolitik: Auch die in der Schweiz weit verbreiteten tiefen Löhne (1996 verdienten 13% der Erwerbstätigen einen Lohn unter 3000 Franken netto) wurden als ein sozialpolitisches Problem wahrgenommen. Dazu trug auch die lange Zeit hoher Arbeitslosigkeit bei. Wer mit einem derart tiefen Lohn arbeitslos wurde, fiel unter die Armutsgrenze. Zudem hatte die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und der indirekten Steuern (Mehrwertsteuern) in den Jahren 1993 bis 1998 die tiefen Einkommenskategorien stark belastet. Ausserdem wurde die lange Krise von vielen Unternehmungen ausgenützt, um die Lohnbildung zu deregulieren. Der «Teuerungsausgleich» wurde in Frage gestellt oder gar abgeschafft, Lohnerhöhungen wurden immer mehr nur «individuell» gewährt. Diese Veränderungen in der Lohnbildung schaffen die Gefahr, dass die Unterschiede zwischen hohen und tiefen Löhnen sich wie in den angelsächsischen Ländern in den nächsten 10 bis 20 Jahren massiv erhöhen.

Schliesslich die Sozialversicherungen: Die hohe Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Stagnation stürzten 1993 bis 1998 die Sozialversicherungen in Finanzierungsschwierigkeiten. Deshalb hatten wir die ganzen neunziger Jahre gegen Abbauvorlagen im Sozialversicherungsbereich zu kämpfen. Auch die heutigen Revisionen sind noch immer geprägt durch die Finanzierungsschwierigkeiten in den Jahren 1993 bis 1998.

Vollbeschäftigung und gerechte Löhne

SP und Gewerkschaften haben ganz im Sinne der Vorschläge von Werner Vontobel keynesianische Vorschläge zur Bekämpfung der Krise vertreten. Die Arbeitslosigkeit haben wir nicht als Folge zu hoher Löhne (oder Lohnnebenkosten) interpretiert, auch nicht in erster Linie als Folge von Fehlern im Ausbildungssystem, sondern als «makroökonomisches» Prob-

lem. Es fehlt in Rezessionszeiten ganz einfach an Arbeitsplätzen. Und solche Rezessionen treten immer wieder auf. Der Kapitalismus ist instabil. Immer wieder bauen die Unternehmungen in Hochkonjunkturphasen Überkapazitäten auf. Dann bricht die Investitionstätigkeit ein. Solche «Überproduktionskrisen» haben dann die Tendenz, sich zu verstärken, wenn die Politik kein Gegensteuer gibt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist deshalb nur möglich, wenn die Geldpolitik in Rezessionszeiten für tiefe Zinsen (und in der Schweiz für einen angemessenen Wechselkurs) sorgt. Und falls tiefe Zinsen nicht genügen, damit die Unternehmungen wieder investieren oder die Konsumenten ihr Geld ausgeben, muss die öffentliche Hand die Wirtschaft mit Staatsausgaben stützen (antizyklische Finanzpolitik). Diese zwei einfachen Rezepte sind bekanntlich umstritten (vor allem in den Euro-Ländern), allerdings gibt es zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dazu keine Alternativen[1] (einzige Ausnahme ist eine Verkürzung der Arbeitszeit).

1998 haben die Gewerkschaften mit der Kampagne gegen Löhne unter 3000 Franken netto begonnen, die Auseinandersetzungen über die Lohnentwicklung öffentlich zu führen. Es gibt ein sozial- und wirtschaftspolitisches Interesse an Löhnen, welche zum Leben genügen. Sonst muss am Schluss die Sozialhilfe einen Teil der Löhne bezahlen und auf diese Art die Unternehmungen subventionieren. Oder wir müssen «Lohnzuschüsse» gewähren. Es ist viel einfacher, wenn die Unternehmungen durch Mindestlöhne gezwungen werden, das Personal produktiv einzusetzen und die Solidarität innerhalb der Unternehmung spielt, als wenn die öffentliche Hand grosse Summen umverteilen muss. Ebenso muss es zu den wirtschaftspolitischen Prioritäten gehören, dass die Unterschiede zwischen tiefen und hohen Löhnen nicht weiter zunehmen. Deshalb braucht es Gegensteuer zur Individualisierung der Lohnabschlüsse: Der Teuerungsausgleich muss wieder zur Selbstverständlichkeit werden und Löhne müssen kollektiv (mit den Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen) ausgehandelt werden.

[1] s. Rote Revue Nr. 1/1999 – 77. Jahrgang, Zur Aktualität des Keynesianismus.

Steuerpolitik droht Ungleichheiten zu vergrössern

Nicht nur wegen der Lohnpolitik drohen die Ungleichheiten zuzunehmen. Progressive direkte Steuern, die Besteuerung von Vermögenserträgen und die Erbschaftssteuern sind wichtige Institutionen, welche in der Nachkriegszeit wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheit bis in die siebziger Jahre nicht zugenommen hat. Die bürgerlichen Parteien versuchen auch in der Schweiz, diese drei Steuerarten abzubauen. In vielen Kantonen wurden die Erbschaftssteuern abgeschafft, ohne dass bisher auf nationaler Ebene ein Ersatz sichtbar ist. Weil es in der Schweiz keine Kapitalgewinnsteuer gibt, werden immer mehr Schlupflöcher geschaffen, um Vermögenserträge als Kapitalgewinne auszubezahlen (Anlagefonds ohne Ausschüttung, geringe Dividendenzahlungen von Unternehmungen). Und die direkten Steuern sollen nach dem Willen der bürgerlichen Mehrheit sukzessive durch die Mehrwertsteuer ersetzt werden. Dabei will der Bundesrat respektive die Mehrheit des Parlaments äusserst perfid vorgehen. Unter verschiedenen Titeln soll die direkte Bundessteuer in einem Ausmass gesenkt werden (Reform der Familienbesteuerung, Eigenmietwertbesteuerung, Reform Unternehmungsbesteuerung), was den Bund in Finanzierungsschwierigkeiten bringen wird. Gleichzeitig will der Bundesrat von den Mehrwertsteuerprozenten für die Sozialversicherungen einen wesentlichen Anteil in die Bundes-

Es muss zu den wirtschaftspolitischen Prioritäten gehören, dass die Unterschiede zwischen tiefen und hohen Löhnen nicht weiter zunehmen.

kasse abzweigen (17,5% bei der AHV, 37,5% bei der IV). Auf diese Art werden die Senkungen der direkten Bundessteuern zu einem grossen Teil durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert. Nachdem die Vermögenserträge in den letzten zehn Jahren stark zugenommen haben und die unanständig hohen Managerlöhne bekannt wurden, müsste es uns gelingen, solche unsozialen Umverteilungsübungen zu verhindern.

Sobald der Konzentrationsprozess weit genug fortgeschritten ist, haben grosse Unternehmungen erheblichen Spielraum, um überhöhte Preise zu fordern.

Öffentliche Infrastrukturunternehmungen: Markt löst Probleme häufig schlechter als staatliche Monopolisten

In den neunziger Jahren wurde auch die Schweiz vom Deregulierungs- und Privatisierungsfieber im Bereich der öffentlichen Infrastruktur erfasst. Dabei gingen in einigen Fällen die Gründe vergesssen, weshalb viel früher in diesen Bereichen öffentliche Monopole errichtet worden waren. In der Elektrizitätswirtschaft waren es deren zwei: Erstens handelt es sich bei den Übertragungsnetzen um so genannte natürliche Monopole: Es macht wenig Sinn und wäre volkswirtschaftlich sehr teuer, konkurrierende Netze aufzubauen (bei der Telekommunikation und Eisenbahn gilt übrigens das Gleiche). Deshalb sollten solche Netze der öffentlichen Hand gehören. Natürlich könnten sie auch privatwirtschaftlich geführt sein. Dann muss die Geschäftsführung jedoch auf komplizierte Art reguliert werden. Dabei dürften schon bei der Preisbildung fast unlösbare Probleme auftauchen. Orientiert sich diese an den Kosten, gibt es keine Anreize für eine kostengünstige Leistungserstellung (dann ist das öffentliche Monopol effizienter). Werden neuere Methoden wie das «price-cap» eingeführt, drohen zu tiefe Preise festgelegt zu werden. Mit der Folge, dass die Infrastruktur nicht mehr genügend unterhalten und erneuert wird. Bei zu hohen Preisen profitieren die Aktionäre in ungebührlicher Weise. Bei öffentlichen Monopolen bestehen diese Probleme nicht. Gewinne kommen der Öffentlichkeit zugute; falls investiert werden muss, werden die Kosten ebenfalls von ihr getragen. Der zweite Grund für öffentliche Monopolisten in der Stromversorgung: Der Markt kann die Versorgungssicherheit mit Strom nicht gewährleisten. Die Eigenschaften der Elektrizität bringen es mit sich, dass die Liberalisierung (unabhängig vom Verhalten der Schweiz) in Europa zu einer gewaltigen Konzentration der Unternehmungen in der Energiewirtschaft führt (führen wird). Es entstehen mächtige Oligopole, welche dank den Eigenschaften des Elektrizitätsmarktes marktmächtig in dem Sinne werden, dass sie überhöhte Preise verlangen können. Folgende Gefahren drohen (oder sind in den USA bereits eingetreten): Erstens gibt es für diese Unternehmungen wenig Anreize, Reservekapazitäten auszubauen. Sie würden dabei immer das Risiko eingehen, teure Produktionskapazitäten nicht auszulasten. Umgekehrt können sie von zu knappen Produktionskapazitäten nur profitieren: Wenn die Nachfrage steigt, explodieren die Preise. Zweitens ist mit extremen Preisausschlägen zu rechnen. Der Strommarkt ist nie im Gleichgewicht. Es gibt nur Überschuss- und Mangelsituationen. Drittens haben diese grossen Unternehmungen, sobald der Konzentrationsprozess weit genug fortgeschritten ist, einen erheblichen Spielraum, um überhöhte Preise zu erheben. Das hängt mit ihrer Grösse zusammen, weiter mit dem gemeinsamen Interesse an überhöhten Preisen, weil die Konsumenten auf den Strom nicht verzichten können. Und viertens zeigen die Erfahrungen in Kalifornien (und zeigt auch die theoretische Literatur), dass diese Oligopole in der Lage sind, durch einen «strategischen» Kapazitätseinsatz den Markt zu manipulieren. Es genügt, eine grosse, bereits abgeschriebene Produktionsanlage stillzulegen, um die Preise auf den Märkten stark steigen zu lassen. Da-

mit profitieren die Produzenten von höheren Preisen für den Strom, der in ihren Anlagen produziert wird, und zwar auch in Anlagen, die vollständig abgeschrieben sind. Kurz: Die Marktöffnung im Strommarkt würde zu hohen und unstabilen Preisen führen und die bisher ausgezeichnete Versorgungssicherheit gefährden.

Um dies zu verhindern, braucht es öffentlich kontrollierte Versorgungsunternehmungen mit einem klaren Auftrag: der Versorgungssicherheit zu stabilen Preisen. Sie können diesen Auftrag mit langfristigen Lieferverträgen oder Beteiligungen an Produktionsanlagen erfüllen. Das ist aber genau das Umgekehrte als das mit dem EMG angestrebte «unbundling», die Entflechtung von Verteilung und Produktion. Häufig wird argumentiert, das neue EMG bzw. die Marktöffnung werde gar nicht so viel verändern und die Kleinkonsumenten würden weiterhin ihren bisherigen öffentlichen oder halböffentlichen Versorgern treu bleiben. Diese würden weiterhin im Besitz der öffentlichen Hand bleiben und mit langfristigen Lieferverträgen und Beteiligungen an Produktionsanlagen für eine sichere Versorgung sorgen. In diesem Fall würde sich gegenüber heute sehr wenig verändern. Dazu braucht es aber auch die Marktöffnung nicht. Diese schafft die Gefahr, dass die Konkurrenz unter den Versorgungsunternehmungen zu Marktstrukturen führt, die politisch nur noch schwer zu kontrollieren sein werden. Überdies könnten auch noch die schweizerischen Speicherkraftwerke ins Ausland verkauft werden, was eine spätere, die Fehler korrigierende Verstaatlichung solcher Anlagen verunmöglichen würde.

Bekämpft die Linke die Marktöffnung im Strommarkt geeint und gewinnt sie die Abstimmung, wäre dies das (zumindest vorläufige) Ende einer teilweise ideologisch motivierten Liberalisierung und Privatisierung in den öffentlichen Infrastrukturmärkten. Es drohen nämlich noch immer eine Trennung von Betrieb und Infrastruktur bei der Bahn sowie die Privatisierung der Swisscom.

Serge Gaillard ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern.